

Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit und Pflege
Herrn Staatsminister
Klaus Holetschek
Haidenauplatz 1
81667 München

Datum: 22.03.2023

Ihr Ansprechpartner: Aktionsbündnis Wir **alle** sind Pflege

E-Mail: aktionsbuendnis@wirallesindpflege.de

Offener Brief

PFLEGE VOR DEM KOLLAPS

Fehlende Pflegekräfte | Kostenexplosion | Insolvenzen

Sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek,

wir sind das Aktionsbündnis „Wir **alle** sind Pflege“, initiiert durch den Seniorenrat der Stadt Langenzenn, im Zusammenschluss mit den ambulanten Pflegediensten Heidis Hauskrankenpflege Langenzenn und Pflege Mobil Scheinfeld, sowie dem Arbeitgeber- und Berufsverband privater Pflege Bayern, e.V. (ABVP).

Gemeinsam mit betroffenen PatientInnen wenden wir uns in diesem offenen Brief an Sie in Ihrer Position als Staatsminister für Gesundheit und Pflege in Bayern. Denn die aktuell vorherrschende Situation in der ambulanten Pflege ist so nicht mehr hinnehmbar.

Es ist fünf nach zwölf. Die ambulante Pflege wurde gegen die Wand gefahren. Im Jahr 2022 schlossen bundesweit 431 Pflegedienste mit insgesamt 22.624 Plätzen; allein im Januar 2023 waren es weitere 40 Pflegedienste mit insgesamt 2.067 Plätzen. *

Nun will der Freistaat 30 Millionen Euro zusätzlich investieren, um 8.000 zusätzliche, vollstationäre Pflegeplätze zu schaffen. Klingt zunächst gut - doch es stellt sich die Frage: Wer soll diese 8.000 Menschen professionell pflegen und betreuen?

Wir brauchen Perspektiven für den Pflegeberuf! Keinen Aktionismus – durchdachte Strategien und machbare Lösungen sind dringend erforderlich.

Aktionsbündnis Wir **alle** sind Pflege

Seniorenrat Langenzenn
Friedrich-Ebert-Str. 7a
90579 Langenzenn

ABVP, e.V.
Rendsburger Str. 14
30659 Hannover

Heidis Hauskrankenpflege
Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn

Pflege Mobil
Bauhofstraße 8
91443 Scheinfeld

AKTIONSBÜNDNIS

Ist der Ansatz „ambulant vor stationär“ überholt?

Herr Holetschek, es weht ein eisiger Wind in Bayern für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und die sie versorgenden ambulanten Pflegedienste. Die Kassen sind augenscheinlich leer – so jedenfalls fühlt es sich in der täglichen Pflegesituation an.

Schwerstkranke, multimorbide Menschen und deren Angehörige müssen für eine ihnen zustehende Versorgung mit den Kassen kämpfen und werden dabei alleine gelassen. Brandaktuelle Beispiele von pflegebedürftigen Menschen:

- Ein schwerstkranker Mensch wurde dreimal akut ins Krankenhaus eingeliefert. Vor Ort teilte man ihm mit, dass er nicht stationär aufgenommen werde. Nach der Behandlung wurde die Person wieder entlassen. Nun bekam die Familie die Rechnung für alle drei Krankentransporte, welche laut Kasse privat zu begleichen seien, da keine stationäre Aufnahme erfolgte.
- Täglich melden sich Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, bei ambulanten Pflegediensten. Trotz der Notlage, in der sich die Menschen befinden muss Ihnen seitens der Pflegedienste immer häufiger abgesagt werden, da nicht genug personelle Kapazitäten vorhanden sind. Daraufhin erhalten die ambulanten Dienstleistungserbringer dann die Aussage seitens der pflegebedürftigen Menschen, dass sie bereits bei zehn oder mehr Diensten angefragt haben und niemand mehr Kapazitäten habe.
- In ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz kommt es immer häufiger dazu, dass MieterInnen der Wohngruppenzuschlag von 214 Euro monatlich verwehrt wird. Dieser Topf wurde ausdrücklich und ausschließlich für Menschen geschaffen, die in dieser Wohnform leben. Mit welchem Recht wird hier ein Unterschied gemacht? Warum bekommt Person A den Zuschlag, Person B, in derselben Wohngemeinschaft lebend, wird dieser aber verwehrt?
Wir fragen uns und Sie, warum die Kassen scheinbar willkürlich solche Entscheidungen treffen können und dürfen?

Apropos Kassenwillkür: Auch das aktuelle Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) der Kranken- und Pflegekassen in Bayern erweist sich als Farce, so dass sich der sicherlich gut gemeinte Gesetzesentwurf zur Tariftreueregelung in der praktischen Umsetzung zu einer Zerreißprobe für ambulante Pflegedienste und deren versorgte KlientInnen entpuppt.

Aktionsbündnis Wir **alle** sind Pflege

Seniorenrat Langenzenn
Friedrich-Ebert-Str. 7a
90579 Langenzenn

ABVP, e.V.
Rendsburger Str. 14
30659 Hannover

Heidis Hauskrankenpflege
Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn

Pflege Mobil
Bauhofstraße 8
91443 Scheinfeld

AKTIONSBÜNDNIS

Die massive Verzögerungstaktik der ARGE Kranken- und Pflegekassen in Bayern stellt ein existentielles Problem für private, ambulante Pflegedienste dar, da die MitarbeiterInnen nach wie vor nicht nach Tarif entlohnt werden können, denn die Refinanzierung steht noch immer aus. Logischerweise bringt dies eine Kündigungswelle mit sich.

Die ambulanten Pflegedienste in Bayern brauchen Planungssicherheit. Wir setzen die Forderungen der Politik um und werden im Gegenzug eiskalt im Regen stehen gelassen.

Absurderweise gibt es ambulante Pflegedienste, welche kostendeckende Angebote seitens dieser ARGE erhielten. Andere Pflegedienste wiederum müssen gegen nicht hinnehmbare Angebote vorgehen und warten derzeit auf einen Termin für das Schiedsverfahren. Es scheint, als wäre es das Ziel, den Markt gezielt auszudünnen. Die „alten Hasen“, mit ihren teureren, langjährigen MitarbeiterInnen vom Markt zu drängen, weil die „Neuen“ im Personalbereich weniger kostenintensiv sind. Wie sonst wäre das aktuelle Vorgehen begründbar?

Die Kostenexplosion der Sachkosten in den Bereichen Stromversorgung, Gas, Öl etc. als auch generell die Inflationsrate (seit 2020) und die damit verbundene Teuerungsrate fanden und finden keinerlei Berücksichtigung in der Refinanzierung (Tariftrueugesetz).

Laut Frau Gabriele Obermaier, Vorstandsmitglied des VDAB Landesverbandes Bayern, überlegen bis zu 30 Prozent der Pflegedienste ihren Betrieb einzustellen. „Dann werden es pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen noch schwerer haben, eine angemessene häusliche Versorgung zu organisieren. Private ambulante Dienste stellen einen großen Teil der ambulanten Versorgung in Bayern sicher.“**

Eine geringere ambulante Versorgungsstruktur führt zwangsläufig zu vermehrten Krankenhauseinweisungen, sowie zu steigenden stationären Unterbringungen. Dies wiederum belastet die Kranken- und Pflegekassen weitaus mehr. Laut Umfrage*** der Deutschen Stiftung Patientenschutz vom August 2022 wollen 88% der pflegebedürftigen Menschen in der eigenen Häuslichkeit wohnen bleiben. Zudem sind in den stationären Einrichtungen und Krankenhäusern die Möglichkeiten aufgrund des vorherrschenden eklatanten Personalmangels eingeschränkt und der Teufelskreis wird somit weiter befeuert.

Zurück zu den pflegebedürftigen Menschen und ihren Familien: Sollte die Strategie der ARGE Kranken- und Pflegekassen in Bayern aufgehen und die Refinanzierung der gestiegenen Personalkosten seitens der Kassen nicht im geeigneten Maße erfolgen, muss die Differenz eins zu eins auf die PflegekundInnen umgelegt werden. Somit wird eine Versorgung in vielen Fällen nicht mehr bezahlbar sein.

Aktionsbündnis Wir alle sind Pflege

Seniorenrat Langenzenn
Friedrich-Ebert-Str. 7a
90579 Langenzenn

ABVP, e.V.
Rendsburger Str. 14
30659 Hannover

Heidis Hauskrankenpflege
Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn

Pflege Mobil
Bauhofstraße 8
91443 Scheinfeld

AKTIONSBÜNDNIS

Die ambulant betreuten Wohngemeinschaften zum Beispiel werden so zur Luxuswohnform und bleiben nur wenigen finanziell betuchten Menschen als Alternative erhalten. Entweder das, oder die Anträge zur Hilfe auf Pflege beim Bezirk werden explodieren. Einfach ausgedrückt: **Pflege macht arm!**

Herr Holetschek, die aktuelle Situation steuert auf den Kollaps zu – Wir alle brauchen **Ihre** Hilfe!

Wir bitten Sie, sich der akuten Problematik, mit der ambulante Pflegedienste und deren versorgte KlientInnen konfrontiert sind, anzunehmen. Unser Aktionsbündnis steht Ihnen sehr gerne für einen persönlichen Austausch zur Verfügung.

Wir sind auf Ihre Hilfe und die rasche Unterstützung des Freistaates Bayern angewiesen um eine ambulante Versorgung für pflegebedürftige Menschen weiterhin aufrecht erhalten zu können.

Mit freundlichem Gruß



AKTIONSBÜNDNIS

Anlage: Unterschriftenlisten, der Befürworter dieses Briefes

Quellenangabe:

*Yannic Borchert, „Schließungen und Insolvenzen in der Pflege 2023“, Februar 2023, pflegemarkt.com, Zugriff am 20.02.2023 um 14:25 Uhr, Link:

<https://www.pflegemarkt.com/2023/02/17/anzahl-schliessungen-insolvenzen-pflege-2023/>

**DBfK Südost e.V. „Ambulante Versorgung in Bayern vielerorts gefährdet“, August 2022, dbfk.de. Zugriffen am 22.03.2023 um 14:12 Uhr, Link:

<https://www.dbfk.de/de/presse/meldungen/2022/3497135860.php>

***Klaus-Peter Schöppner, „Wann geht man in ein Pflegeheim“, August 2022, Deutsche Stiftung Patientenschutz, Zugriff Internet am 17.03.2023 um 12.15 Uhr, Link:

https://www.stiftung-patientenschutz.de/uploads/docs/sonstige/Studie_Pflegeheim_zuhause_Auszug_02.09.2022.pdf

Aktionsbündnis Wir **alle** sind Pflege

Seniorenrat Langenzenn
Friedrich-Ebert-Str. 7a
90579 Langenzenn

ABVP, e.V.
Rendsburger Str. 14
30659 Hannover

Heidis Hauskrankenpflege
Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn

Pflege Mobil
Bauhofstraße 8
91443 Scheinfeld

Wir fordern von den politischen Entscheidungsträgern:

Finanzierung

- ➔ **Wir fordern - die sofortige Sicherung der Refinanzierung von Personal- und Sachkosten.**
- ➔ **Wir fordern - Pflege muss für die PflegekundInnen bezahlbar bleiben.**
D.h. klare Formulierung zur Umsetzung des Tariftreuegesetzes mit einer ebenso klaren Regelung der Refinanzierung durch den Staat und die Kassen
- ➔ **Wir fordern - stoppen Sie die Kassenwillkür durch klare Vorgaben an die Kassen bzw. ihre Vertreter.**
- ➔ **Wir fordern - eine gerechte Finanzierung des Pflegeausbildungsfonds.**
D.h. alle Pflegedienstleister tragen ausnahmslos und gleichermaßen zur Finanzierung des Pflegeausbildungsfonds bei.
- ➔ **Wir fordern - finanzielle Planungssicherheit für ambulante Pflegedienste.**
D.h. die Kassen müssen verpflichtet werden die Vergütungsvereinbarungen rechtzeitig zu führen, so dass zum Stichtag ein nahtloser Übergang sichergestellt werden kann

Personalpolitik

- ➔ **Wir fordern - valide Strategien zur Gewinnung von Pflegefachkräften, als auch von Pflegehilfskräften.** Gerne mit Unterstützung aus dem Fachkreis der Pflegepraxis.

Transparenz und Aufklärung

- ➔ **Wir fordern - die umgehende Beseitigung des Informationsdefizits seitens des Staates, vor allem bei Neueinführung von Kosten. Kein Abwälzen dieser Aufgabe auf die Pflegedienste.**
D.h. es braucht eine klar verständliche, eindeutige Information für alle pflegebedürftigen Mitbürger vor allem über neu auftretende Kosten, die über die Politik erfolgen muss. Aktuell werden Pflegedienste als Geldeintreiber des Staates benützt, z.B. bei der Einführung der Ausbildungumlage. Für diese **müssen** die Dienstleistungserbringer in Vorleistung gehen, um sie dann bei deren PflegekundInnen zu erheben und einzufordern.

Fazit:

Wir fordern eine grundlegende Reformierung der Pflegeversicherung!